

# Die Grenzen des Sägbaren

Nicht nur die politische Rechte hat die Bürokratie als Übel der Zeit ausgemacht und will mit aller Gewalt gegen sie vorgehen. Aber was genau ist eigentlich der Grund für ausufernde Regulierungen? Und sind sie wirklich der Grund dafür, dass wir es noch nicht zum Mars geschafft haben?

Von Harald Staun

Als eines der letzten erfolgreichen Projekte der Koalition verabschiedete der Bundestag Ende September das „Vierte Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie“ – oder, um es so unbürokratisch wie möglich auszudrücken: das Bürokratieentlastungsgesetz. Das Bürokratieentlastungsgesetz soll die deutsche Wirtschaft davor retten, unter dem Druck von Papierkram und Antragsorgien zugrunde zu gehen. Dass man dazu ein umfangreiches, lange ausgehandeltes und durch mehrere Änderungsanträge ergänztes Gesetz braucht, hätte sich der Verwaltungsfachmann Franz Kafka nicht besser ausdenken können. Aber so ist das eben in einem Rechtsstaat: Man braucht Vorschriften, um Vorschriften abzuschaffen.

Das Bürokratieentlastungsgesetz ist ein ganz vorbildliches Exemplar des deutschen Verwaltungsrechts: In über 70 Einzelnormen mit so phantastischen Namen wie Akkreditierungsstellengesetz, Schuldenmitübernahmegesetz oder Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetz lockert es Meldevorschriften, verkürzt Aufbewahrungsfristen, ersetzt Wörter wie „schriftlich“ durch „in Textform“ oder Kommas durch Punkte. Dadurch, so die Bundesregierung, würde jährlich eine knappe Milliarde Euro eingespart.

Angesichts der messbar zunehmenden Bürokratie ist das eine lächerliche Summe: Laut dem Nationalen Normenkontrollrat, einem ehrenamtlichen Gremium, das seit 2006 die Bundesregierung berät, wie sie „weniger Bürokratie und bessere Gesetze“ erreichen kann, hat sich der Betrag, den die Wirtschaft aufbringen muss, um Vorschriften und Regeln einzuhalten – der sogenannte Erfüllungsaufwand –, innerhalb der vergangenen vier Jahre auf jährlich 14 Milliarden Euro verdreifacht. Den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Schaden beziffert das Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo sogar auf 146 Milliarden Euro pro Jahr, wobei die selbst geschätzte Hochrechnung einfach die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts einem spekulativen Ergebnis gegenüberstellt, das möglich gewesen wäre, „hätte Deutschland im Jahr 2015 einen grundlegenden Bürokratieabbau umgesetzt“.

Noch drastischer aber sind die gefühlten Zumutungen des ausufernden Bürokratieregimes: Die „psychologischen“ Kosten der Bürokratie, ergab eine Umfrage des Instituts für Mittelstandsforschung, hätten „für die Mehrheit der Unternehmen mindestens gleiche, wenn nicht sogar höhere Bedeutung“. Den „Einsatz an persönlicher Kraft und Energie/Aufmerksamkeit“ sahen 90 Prozent der Befragten als „sehr hoch“ an. Welche Gefühle dabei genau ausgelöst werden, wollten die Forscher auch wissen: Das Spektrum reicht von „Autonomieverlust“ und „Verwirrung“ bis zu „Fluchtinstinkt“ und „Ohnmacht“. Die häufigste Antwort war: „Wut, Zorn, Aggression“.

Wie hoch man das wirtschaftliche Potential auch immer ansetzt: Die Kritik an einer überbordenden Bürokratie ist derzeit ungewöhnlich konsensfähig, nicht nur in Deutschland. In jeder zweiten Talkshow sitzt ein geplagter Unternehmer, der doch einfach nur eigenverantwortlich Brötchen backen, Gemüse anbauen oder Schafe züchten würde,

aber vor lauter Lieferkettenverfolgung und Datenschutzrichtlinienumsetzung kaum noch dazu kommt. In den USA twittert sich Elon Musk seit dem Wahlsieg Donald Trumps mit drastischen Sparankündigungen für seine Tätigkeit als Chef des Department for Government Efficiency warm, in Argentinien fängt Javier Milei, der neue Superheld aller libertären Phantasten, nach einem Jahr Radikalentschlackung des öffentlichen Dienstes nun erst richtig an und holt die „tiefe Kettensäge“ raus. Damit findet er eine wachsende Fangemeinde weltweit, nicht nur im rechten Lager.

Politisch sind solche Forderungen schon deshalb meist symbolisch, weil der Sinn der abzusägenden Regelungen im Einzelnen kaum eine Rolle spielt. Wenn doch jemand nachfragt, worunter die Bürokratieopfer konkret leiden, kommen lauter disparate Einzelprobleme zur Sprache: langwierige Genehmigungsverfahren oder Wartezeiten beim Amt, Hygienevorschriften, Sicherheitskontrollen, Denkmalschutz, Softwareupdates, An- Ab- oder Krankmeldung von Arbeitskräften. Was bei dem Ruf nach Abbau solcher Regelungen vergessen wird, ist die Tatsache, dass die meisten von ihnen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zurückgehen, etwa nach sozialer Sicherheit oder gesundheitlichem Schutz. Weil die entsprechenden Gesetze auch noch möglichst jedem Einzelfall gerecht werden sollen, kommt es zu immer mehr Konflikten, Widersprüchen, Ausnahmeregelungen und immer neuem Regelungsbedarf. Eine monströse Bürokratie ist Ausweis einer funktionierenden Demokratie – und droht doch deren rechtsstaatliche Grundlagen ad absurdum zu führen.

Dies ist nicht das einzige Paradox der Debatte: Bemerkenswert ist auch, dass vor allem jene über Bürokratie schimpfen, die der Politik sonst wahlweise Untätigkeit oder Willkür vorwerfen. Was genau aber Bürger und Wirtschaft von einer besseren Verwaltung erwarten – mehr Effektivität oder mehr Common Sense –, bleibt unklar. Und damit auch die Frage, wie man grundsätzlich das „Dilemma des Verwaltungsmannes“ löst, das der Verwaltungswissenschaftler Fritz Morstein Marx schon 1965 in seinem gleichnamigen Buch beschrieb: Ein Verwaltungsmitarbeiter kann sich demnach entweder sorgfältig mit Einzelfällen beschäftigen, braucht dafür aber sehr viel Zeit und überschreitet unter Umständen sogar seine Kompetenzen. Oder er macht „Dienst nach Vorschrift“, also kurzen, wenn auch oft widersinnigen Prozess.

Das zentrale und oft wohl auch strategische Missverständnis der Klage über das Ausufer der Bürokratie ist die Vorstellung, dass sie sich irgendwie als Gegenmodell eines freien Marktes entwickelt habe. Schon die Punkte von Max Webers Bürokratietheorie, der gerne von Liberalen als Kritiker einer stahlharten Verwaltung zitiert wird, war ja, dass es gerade das „historisch Spezifische“ des modernen Staates ist, dass er wie ein Unternehmen funktioniert – wie ein „Betrieb“ oder eben wie

ein Büro. Auch der Anthropologe David Graeber hat in seinen Texten zur Bürokratie gezeigt, wie mit dem Siegeszug des Kapitalismus „die Ära der totalen Bürokratisierung“ begann. Dass man meistens an Beamte denkt, wenn man sich einen typischen Bürokraten im grauen Flanellanzug vorstellt, liegt vor allem daran, dass die Staatsdiener, die in den 1930er Jahren Roosevelts Politik des New Deal umsetzen sollten, Arbeitsweisen und Organisationsstrukturen von Rationalisierungshelden und Prozessoptimierern wie Frederick Taylor übernahmen und sich sogar Auftreten und Einstellungen von den Managern abschauten.

Wenn heute wiederum etwa das Ifo-Institut darauf hinweist, dass sich Unternehmen vor lauter Bürokratie nicht mehr auf das „eigentliche Wirtschaften“ konzentrieren können, also „die Produktion der bestmöglichen Produkte und Dienstleistungen“, sondern ihr Handeln stattdessen „auf die bestmögliche Ausnutzung von Regulierungen“ fokussieren, kommt darin ein sehr idyllisches Bild der modernen Marktwirtschaft zum Ausdruck. Aus Gesetzen und deren Umgehung Profit zu machen ist ja längst kein pervertiertes Geschäftsmodell mehr, sondern anerkannte Praxis von Schreibtischträgern vom Aktienpekulanten bis zum Notar.

kationen oder ähnlichen Verwaltungsaufgaben. Selbst wer eine Reise bucht oder auch nur eine Pizza bestellt, muss heute im Handbüro Preise vergleichen und Formulare ausfüllen. Oft ist deshalb einfach eher der Kapitalismus gemeint, wenn man auf die Bürokratie schimpft. Selten fordert die Politik jedoch den Abbau von Eigentumsrechten oder polizeilichen Befugnissen – oder aktuell etwa die Deregulierung von Asylverfahren.

Wenn Elon Musk nun also nach dem Vorbild Javier Mileis im Namen einer Politik des „Laissez-faire“ staatliche Ausgaben bescheiden will, hat auch er damit das Problem jedes wild abholenden Politikers: Erst einmal bedeutet es jede Menge Papierkram. Dass er sich in dem Zusammenhang darüber beschwert, dass arbeitsrechtliche Vorschriften und „überflüssige Umweltauflagen“ seine astronomischen Ambitionen behindern, ist nicht nur angesichts von Milliardensubventionen für SpaceX kurios. Wenn die amerikanische Bundesluftfahrtbehörde FAA so weitermache, werde die Menschheit es nie zum Mars schaffen, beschwerte er sich kürzlich. Für Graeber dagegen ist gerade die Entwicklung „echter Innovationen“ wie Marsraketen oder Individualhubschrauber, jener „poetischen“ Technologien, die üblicherweise in Form staatlicher Großprojekte verwirklicht wurden, nicht Opfer zu strenger Regulierungen, sondern Folge einer wirtschaftlichen Neuausrichtung. Auf Effizienzsteigerung ausgerichtete Managementtechniken hätten dazu geführt, dass sich die Phantasie des Marktes heute darin erschöpft, zu erfinden, wie man sich gegenseitig Dinge verkauft. Das ist nicht nur die Analyse eines anarchistischen Kapitalismuskritikers: Die Investitionen der Risikokapitalbranche hätten sich zuletzt viel zu sehr „von der Finanzierung von transformativen Unternehmen hin zu Unternehmen, die inkrementelle Probleme oder sogar Scheinprobleme lösen“, verlagert, beklagt auch die Venture-Capital-Firma Founders Fund des ultraliberalen Peter Thiel. Statt in die Zukunft zu investieren, heißt es im Manifest „What happened to the future?“, sei die Branche Geldgeber für „Features, Wildgets und Belanglosigkeiten“ geworden.

Musk hält das nicht davon ab, seine Träume einer deregulierten Gesellschaft in die Tat umzusetzen: In Texas plant er mehrere „utopische Städte“ für seine Mitarbeiter der Boring Company und von SpaceX. Den Luftaufnahmen zufolge erinnern Snailbrook und Starbase mit ihren einfachen Unterkünften eher an primitive Company Towns. Auch für den Mars hat er schon 2018 eine vorläufige Gesellschaftsordnung verfasst: Es soll eine direkte Demokratie geben, kurze Gesetze und ein „automatisches Auslaufen von Vorschriften, um den Tod durch Bürokratie zu verhindern“. In den Nutzungsbedingungen seiner Satellitenfirma Starlink hat er ähnliche Prinzipien festgelegt: Der Mars, heißt es dort, sei „ein freier Planet“, „keine auf der Erde ansässige Regierung“ habe dort „die Autorität oder Souveränität über die Aktivitäten“. Streitigkeiten würden „durch Selbstverwaltungsprinzipien geregelt, die in gutem Glauben zum Zeitpunkt der Besiedlung des Mars festgelegt werden“.

Die Geschichte solcher Gemeinschaften ist allerdings eher enttäuschend. Berühmt wurde vor rund zehn Jahren das Free Town Project im Ort Grafton, New Hampshire, den ein paar Aktivisten zur libertären Vorzeigestadt entwickeln wollten. Die Übernahme begann mit Kürzungen des lokalen Haushalts, was dazu führte, dass die Büros der Gemeinde nicht mehr beheizt und Schlaglöcher in den Straßen nicht repariert wurden. Weil die freiheitsliebenden Bürger sich außerdem nicht vorschreiben lassen wollten, ihren Müll ordentlich zu entsorgen, kamen Bären und zerlegten die Stadt. Aber wenigstens dieses Problem dürfte es auf dem Mars nicht geben.

Und andererseits wäre es vielleicht wünschenswert, dass auch Handwerker oder Unternehmer die Zeit haben, sich für uneigentliche Fragen zu interessieren, also zum Beispiel die, woher ihre Rohstoffe oder Daten oder Mitarbeiter kommen. Dass das als zusätzliche Belastung wahrgenommen wird, liegt vielleicht auch daran, dass die Gewinne in der Ich-AG dann doch zu prekär bleiben, um sich einen eigenen Buchhalter leisten zu können. Wobei die Klage über Zeitdruck, Überforderung und chronisches Multitasking sich ja längst durch alle Bereiche von Multitasking-Work und daueroptimiertem Life zieht.

Die neue Lieblingswaffe der Internationale der Deregulation  
Foto Picture Alliance

